

Der Stadtkurier Korschenbroich schreibt am 25.05.2005 auf der Titelseite:

Ausbau Flughafen Mönchengladbach Darf die Stadt nichts wissen?

Die Stadt geht mit der Bezirksregierung in den Clinch. Der Vorwurf: ihr seien Gutachten zum Ausbau des Flughafens vorenthalten worden.
KORSCHENBROICH.

Die Protestwelle gegen den Ausbau des Verkehrslandeplatzes Mönchengladbach ist so groß, dass der Erörterungstermin im neuen Borussenpark stattfinden muss. Am 30. Mai ist es so weit, obwohl die Stadt Korschenbroich Verschiebung beantragt hat. Bei einem Vorbereitungstreffen für den Erörterungstermin kam am 19. Mai heraus; dass die, Bezirksregierung weitere Stellungnahmen bei der Flughafengesellschaft eingefordert hat. Und die sind weder der Stadt und auch den anderen Trägern der öffentlichen Belange noch den Bürgerinitiativen zur Verfügung gestellt worden. In dem Gutachten werden Lärmbelästigung, Kapazitätsbelastung und Prognosedaten behandelt. Alles Fragen, die der Stadt und den Bürgerinitiativen unter den Nägeln brennen. Bürgermeister Heinz Josef Dick: "Ein schwerer Verfahrensfehler". Die Bezirksregierung ist als, Herrin des Verfahrens vom Gesetzgeber zur Objektivität verpflichtet. Daran hält sie sich nach Meinung der Korschenbroicher Verwaltung aber überhaupt nicht, wenn einem bestimmten Kreis von Beteiligten Informationen vorenthalten werden, die erhebliche Auswirkungen auf das ganze Verfahren haben können. Dem Gleichbehandlungsgrundsatz wird nur dann Rechnung getragen, wenn alle Beteiligten die gleichen Informationen besitzen. Nur so sei eine qualifizierte Durchführung eines Erörterungstermins für ein solch regional bedeutsames Verfahren möglich. Klar, dass die Stadt erst einmal das Gutachten analysieren will - und zwar vor dem Erörterungstermin am 30. Mai. MiSch